

Gdańsk 2021, Nr. 45

<https://doi.org/10.26881/sgg.2021.45.13>

Heinz-Helmut Lüger

Universität Koblenz-Landau

<https://orcid.org/0000-0002-1131-6583>

Imagebildung und Feindbildkonstruktion. Populistische Strategien im politischen Diskurs

Gegenstand des vorliegenden Beitrags sind Formen populistischen Argumentierens. Anhand eines Redebeispiels aus dem rechten politischen Spektrum der Bundesrepublik soll demonstriert werden, mit welchen sprachlichen Mitteln und Verfahren eigene Positionen aufgewertet und attraktiv gemacht werden, auf welche Weise Abgrenzungen und Abwertungen der politischen Konkurrenz erfolgen. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Frage, ob und inwieweit sich parteispezifische Muster feststellen lassen.

Schlüsselwörter: politische Argumentation, Polemik, Polarisierung, Imagepflege, Populismus

Facework and enemy image construction – Populist discourse strategies. – The present paper approaches the populists' argumentation strategies adopted by their ideology. The investigation is carried out on a case study of a speech for the far-right political spectrum in the Federal Republic of Germany. The aim is to identify linguistic realization of such strategies and practices employed to grow the populists' stature and devalue the integrity of the political competition. Particular attention is paid to the question of party-related patterns and how strong they exist.

Keywords: political argumentation, polemics, polarization, image construction, populism

1. Politischer Kontext

Seit einigen Jahren sind in verschiedenen europäischen Ländern nationalistische, als rechtsextrem oder rechtspopulistisch eingestufte politische Parteien auf dem Vormarsch. In Deutschland verzeichnet die erst 2013 gegründete Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) einen bemerkenswerten Aufstieg: Sie ist inzwischen in allen Landtagen vertreten, zum Teil mit recht hohen Werten; in Thüringen erreichte die AfD 23,4 Prozent, in Brandenburg 23,5 Prozent, in Sachsen-Anhalt 24,3 Prozent und in Sachsen sogar 27,5 Prozent der Stimmen. In den Bundestag wurde sie 2017 mit einem Stimmenanteil von 12,6 Prozent gewählt. Nach aktuellen Umfragewerten gehen die Zahlen für die AfD zwar leicht zurück, sie kann jedoch einen Parteizustimmungsindex von 10,3 Prozent behaupten.¹

¹ Vgl. die Angaben unter: <https://dawum.de/AfD/> [20.10.2020].

Bei den übrigen, in den Landtagen und im Bundestag vertretenen Parteien stößt die AfD auf starke Ablehnung; eine Zusammenarbeit wird generell abgelehnt. Eine Ausnahme bildete bislang lediglich eine Abstimmung im thüringischen Landtag: Mit den Stimmen von AfD, CDU und FDP wurde im Februar 2020 der Fraktions- und Landesvorsitzende der FDP, Thomas Kemmerich, zum Ministerpräsidenten gewählt, ein Vorgang, der jedoch bundesweit schnell zu massiven Protesten führte. Die Wahl galt als inakzeptabler Tabubruch und löste eine schwere Regierungskrise in Thüringen aus. Kemmerich blieb schließlich nur der Rückzug übrig, vier Wochen später wurde die Krise durch die Wahl Bodo Ramelow (Linkspartei) zum Ministerpräsidenten beendet.

Die Vorbehalte gegen die AfD hängen zum einen mit inhaltlichen Positionen zusammen, wie sie im Programm der Partei festgeschrieben sind; genannt seien nur die antieuropäische Haltung, die Forderung einer restriktiven Migrationspolitik, die Leugnung des vom Menschen verursachten Klimawandels oder das Festhalten an der Atomenergie.² Zum andern sind es aber auch die vielen Provokationen, mit denen die AfD auf sich aufmerksam zu machen sucht, die aggressive Polemik und die Verunglimpfungen politischer Gegner sowie spektakuläre Verletzungen etablierter Regeln der Palamentsarbeit, mit denen man – öffentlichkeitswirksam – die anderen Parteien gegen sich aufbringt.³

Ein prominenter Vertreter der AfD, der wiederholt wegen bestimmter „Grenzüberschreitungen“ im Rampenlicht stand, ist Björn Höcke, seit 2014 Fraktionsvorsitzender im Landtag und im November 2020 bestätigt als einer der beiden Landesvorsitzenden in Thüringen. Anhand seiner oft diskutierten und kritisierten Rede vom 17. Januar 2017, gehalten im Rahmen der „Dresdner Gespräche“ der AfD-Jugendorganisation *Junge Alternative*, soll versucht werden, Verfahren der Selbstdarstellung und der Konstruktion eines dichotomen Weltbilds des Redners (und seiner Partei) zu veranschaulichen.⁴

2. Imagebildung und Abgrenzung

Es fällt schwer, der Rede Höckes eine klare Textstruktur, ein eindeutiges Ziel zuzuordnen. Passagen, die sich der eigenen Position widmen, wechseln sich ab mit kritischen Ausführungen über gegnerische Personen oder Parteien; eine übergreifende argumentative Verflechtung ist nur schwer auszumachen. Bereits in der Einleitung, wo es vor allem um die Begrüßung der Zuhörerschaft und um das obligatorische Lob auf Dresden, Sachsen und die Sachsen geht, wird schweres Geschütz aufgefahren, und zwar hinsichtlich der Gegendemonstranten im Zusammenhang mit einem früheren Pegida-„Spaziergang“. Die Rede ist von „wilden Horden“, „kreischenden, verhetzten, von induziertem Irresein gekennzeichneten jugendlichen Wirrköpfen“ und von einer „unflätigen Provokation dieser Wirrköpfe“. Damit ist eine

² Das Grundsatzprogramm der AfD „Programm für Deutschland“ von 2016 ist einsehbar unter: <https://www.afd.de/grundsatzprogramm/> [15.9.2018].

³ Zur Ausrichtung der AfD, zu ihren Aktivitäten und Strategien vgl. Friedrich (2015), Diel (2018), Lüger (2018, 2019).

⁴ Der Redetext ist einsehbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/hoecke-rede-im-wortlaut-gemuetszustand-eines-total-besiegten-volkes/19273518.html> [3.12.2019].

Einstimmung gegeben auf die Art der folgenden Auseinandersetzung und auf den Stil der verbalen Umsetzung.

In den anschließenden Redeabschnitten werden folgende Aspekte angesprochen: Selbstdarstellung als „Wir im Osten“, verbunden mit der gewünschten „inhaltlichen Fundamentalopposition“, Ablehnung der „politischen Alteliten“ und der ihnen zugeschriebenen Verantwortung für Armee, Kultur, Verwahrlosung der Städte, Rolle der AfD als „Bewegungspartei“, Zurückweisung der innerparteilichen Opposition, Kritik von Grünen-Politikern, Appell an die *Junge Alternative*, Relativierung von Reden früherer Bundespräsidenten, Plädoyer für mehr politische Visionskraft und Forderung einer erinnerungspolitischen Wende.

Bezüglich der eigenen Imagebildung lassen sich verschiedene Faktoren festhalten, die sowohl nach innen wie auch nach außen eine Personenkonstellation mit klaren Abgrenzungen ergeben:

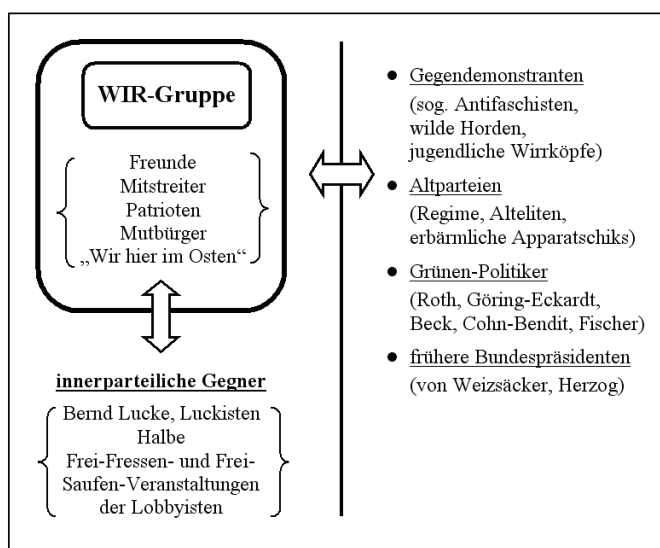


Abbildung 1: Abgrenzungen und Personenkonstellation

Höcke ist darauf bedacht, seine jungen Zuhörer mit klaren und gleichsam unbezweifelbaren Urteilen zu beeindrucken. Der gesamte politische Bereich erscheint geprägt von diversen Personen, die sich nach einem eindeutigen Freund-Feind-Schema dem eigenen oder dem gegnerischen Lager zuordnen lassen. Diese personalisierende Perspektive bringt zwangsläufig reduzierte und einseitige Kommentierungen mit sich. Negative und emotionale Bewertungen lassen sich auf diese Weise offenbar einfacher vermitteln – ohne eine wirkliche, argumentativ gestützte Sachverhaltsdiskussion führen zu müssen.

Insgesamt zeigt die Konstellation von Personen und Personengruppen eine einfache Struktur; alle Grenzen sind klar gezogen. Die Gegenseite wird mit dezidiert ablehnenden Äußerungen überzogen: Vor allem die Vertreter anderer Parteien, der sog. „Altparteien“, gelten als „staatsgefährdend“, sie seien verantwortlich für die „Deutschland-abschaffende Politik“ und die „kapitalen Rechtsbrüche“, die „im Namen einer verhängnisvollen Ideologie“

begangen würden. Auch der Bundesregierung bzw. der Bundeskanzlerin wird bescheinigt, gegen das „eigene Volk“ zu handeln und den „aufgetürmten Problemhalden“ nicht gewachsen zu sein:

- (1) [...] Es kann ja gar kein Zweifel daran bestehen, dass wir ein Vierteljahrhundert nach dem Fall der Mauer wieder in einer politischen Wendezeit angekommen sind. Die führenden Altparteien-Politiker...
- (Applaus)
- ...die führenden Altparteien-Politiker sind zu **erbärmlichen Apparatschiks** geworden, die nur noch ihre Pfründe verteilen wollen. Weder ihr **erstarrter Habitus** noch ihre
- **floskelhafte Phraseologie** unterscheidet Angela Merkel von Erich Honecker. (längerer Applaus, Jubel, Rufe: „Merkel muss weg!“)
- Ich sage es in aller Deutlichkeit: Diese Regierung ist keine Regierung mehr, diese Regierung ist zu einem **Regime** mutiert! Sie ist **unfähig und unwillig**...
- (Applaus)
- ...sie ist unfähig und vor allen Dingen, so schaut es doch aus, unwillig, die von ihr aufgetürmten Problemhalden wieder abzutragen. (Hervorhebungen H. H. L.)

Wie in (1) erkennbar, ist von diplomatischer Zurückhaltung wenig zu spüren; es dominiert eine „brachiale Rhetorik“, die auch vor persönlich verunglimpfenden Abqualifizierungen nicht zurückschreckt (vgl. Decker/Lewandowsky 2019). Das politische Feindbild wird gespeist durch Merkmale wie ‚verderbt‘, ‚korrupt‘, ‚abgehoben‘, ‚heuchlerisch‘, ‚inkompetent‘, ‚undemokratisch‘. Entscheidend ist – gewissermaßen als Voraussetzung der gewünschten „Fundamentalopposition“ – die eindeutige Zuweisung zu einer Position, zu einem Lager, das den eigenen politischen Vorstellungen entgegengesetzt ist und das es uneingeschränkt zu bekämpfen gilt.

Eine zweite, ebenfalls als gegnerisch betrachtete Gruppe ist innerparteilicher Natur. Es geht um die Anhänger Bernd Luckes, des Mitbegründers der AfD, der 2015 aus der Partei austrat und die Gruppierung ALFA gründete.⁵ Höcke macht aus seiner strikten Ablehnung kein Hehl und bezeichnet diese Personen, immerhin ja AfD-Mitglieder, despektierlich als „Luckisten“, „Halbe“ und als „diese Typen“. Gemeinsamkeiten mit ihnen sind ausgeschlossen, das umso mehr, als Höcke ihnen einen großen Drang zum „Establishment“ und ein opportunistisches Verfolgen persönlicher Karriereziele unterstellt. Das Herabsetzende gipfelt schließlich in der Invektive, Lucke-Anhänger seien vor allem an den „Frei-Fressen- und Frei-Saufen-Veranstaltungen der Lobbyisten“ interessiert:

- (2) [...] Mit Bernd Lucke sind nicht alle die gegangen, die ihren Frieden mit der Rolle eines Juniorpartners in einer zukünftigen Koalition mit einer Altpartei gemacht haben.
- Manche von ihnen, manche von diesen **Luckisten**, sind geblieben. Das sind die, die keine innere Haltung besitzen, die **Establishment** sind und **Establishment** bleiben wollen oder so schnell wie möglich zum **Establishment** gehören wollen. Und, liebe Freunde, ...
- (Applaus)

⁵ ALFA = *Allianz für Fortschritt und Aufbruch*, 2015 in *Liberal-Konservative Reformer* (LKR) umbenannt. Bei den Europawahlen 2019 scheiterte die Partei mit einem Stimmenanteil von 0,1%.

- ...nicht wenige von **diesen Typen** drängen jetzt gerade in diesen Wochen und Monaten als Bundestagskandidaten auf die Listen oder als Direktkandidaten in den Wahlkreisen entsprechend nach vorne. Und nicht wenige werden – das muss man leider annehmen – ganz schnell vom parlamentarischen Glanz und Glamour der Hauptstadt fasziniert werden. Und nicht wenige werden sich ganz schnell sehr wohl fühlen bei den **Frei Fressen- und Frei-Saufen-Veranstaltungen der Lobbyisten**. (Hervorhebungen H. H. L.)

Wichtigstes Anliegen ist Abgrenzung um jeden Preis; was nicht den eigenen Kurs unterstützt, wird mit Stigmawörtern belegt, unerbittlich diffamiert und bekämpft. Sogar Mitglieder der eigenen Partei müssen mit dieser Form drastischer und vehementer Kritik rechnen. Eine solche Abgrenzung nach außen mag gleichzeitig – so zumindest das Kalkül – eine Stärkung des internen Zusammenhalts zur Folge haben.

Als Gegenstück der Diskreditierungsstrategie kann man nun Maßnahmen betrachten, die darauf abzielen, die eigene Position aufzuwerten und der Wir-Gruppe positive Eigenschaften zuzusprechen.⁶ Im politischen Sprachgebrauch kommen für diese Form der Imagepflege üblicherweise Verweise auf die eigene Kompetenz, auf das Legitime der Zielvorstellungen oder die persönliche Integrität der Akteure in Betracht. ‚Image‘ in diesem Sinne bezeichnet hier das Gesamt von Merkmalen oder Eigenschaften, die ein Individuum oder eine Gruppe in der Interaktion zugeschrieben bekommen möchte. Image ist dabei keine a priori feststehende Größe, sondern immer auch abhängig von der Bestätigung, Veränderung oder In-Frage-Stellung im Laufe des kommunikativen Austausches. In seiner Rede ist Björn Höcke sehr darum bemüht, ein positives Bild seiner Adressatengruppe zu entwickeln. Es entsteht ein absolutes Kontrastprogramm im Vergleich zu den konkurrierenden Gruppen. Von Beginn an werden die Adressaten als „liebe Freunde“, „liebe Mitstreiter“ und „liebe Patrioten“ angesprochen, es entsteht der Eindruck einer solidarischen, für die gleichen Ziele kämpfenden Gemeinschaft. Die pronominale Anrede wechselt schon bald vom *Sie* zum weniger distanzierteren *ihr*, mit den Formen „euch Dresdner“, „euch Patrioten“ und mit dem Übergang zum inklusiven *wir* ist – zumindest aus der Sicht Höckes – praktisch die Einheit zwischen Redner und Zuhörern vollzogen. Mit dem anschließenden gemeinschaftsstiftenden „wir hier im Osten“ ist dann der Weg frei zur Formulierung eines gemeinsam zu betreibenden gesellschaftlichen Projekts, der „inhaltlichen Fundamentalopposition“ gegen die „politischen Alteliten“:

- (3) [...] Wir sagen ja, nicht zur strukturellen Fundamentalopposition, weil wir diesen Staat ja wollen! Wir wollen ihn am Leben erhalten und wir wollen ihn stützen. Wir sagen aber ja zu einer inhaltlichen Fundamentalopposition um diesen Staat, den wir erhalten wollen, vor den verbrauchten politischen Alteliten zu schützen, die ihn nur missbrauchen, um ihn abzuschaffen! Das werden wir nicht zulassen, liebe Freunde!
(Applaus, Jubel)
Dresden – und ich habe es eingangs betont und es ist meine tiefe und feste Überzeugung – Dresden ist die Hauptstadt der Mutbürger.

⁶ Bei den Aufwertungs- und Abwertungsverfahren handelt es sich um altbekannte Mittel der politischen Auseinandersetzung; vgl. aus unterschiedlichen Perspektiven: Bachem (1979: 134ff.), Mauthner (1998: 180ff.), Scharloth (2018: 8ff.), Makowski (2020: 214ff.).

Mit dieser Selbstinszenierung ist der Redner bei der Bildung einer Wir-Gruppe angelangt, die im Rahmen einer konsequent polarisierenden Textstruktur nur positiv zu bewertende Eigenschaften auf sich vereinigt (vgl. Abb. 1), deren Image sich in vielerlei Hinsicht fundamental von dem konkurrierender und mehrfach kritisiert Gruppen unterscheidet.

3. Polarisierung und dichotomes Weltbild

Die polarisierende Freund-Feind-Konstellation spiegelt sich, wie mehrfach angedeutet, ebenfalls in der Beurteilung bestimmter politischer Bereiche wider:

„Die AfD inszeniert sich programmatisch als diejenige Partei, die alle vermeintlichen ‚Missstände‘ in Politik und Gesellschaft beseitigt und Ordnung herstellt“ (Kämper 2017: 21).

Dieser Anspruch findet sich auch in der Rede Höckes. Die bisher regierenden Kräfte, die „politischen Alteliten“, seien „verbraucht“ und zeichneten sich aus durch einen „erstarrten Habitus“ und eine „floskelhafte Phraseologie“. Es fehle gänzlich die Fähigkeit, die anstehenden Aufgaben zu bewältigen; stattdessen komme es zu „gewaltigen Problemhalden“, der Staat sei, so die Feststellung, in „Auflösung“ begriffen. Hiergegen richte sich die AfD mit ihrer „inhaltlichen Fundamentalopposition“: Sie müsse als „Bewegungspartei“ den Kontakt zur Bevölkerung suchen, die Bürger „aufklären“ und mit diesen „Bürgerdialogen“ die „Schweigespirale durchbrechen“. Im Mittelpunkt aller Überlegungen und Bemühungen stehe das Volk, „unser Vaterland“, „unser Deutschland“, das man sich „zurückholen“ werde:

- (4) Aber wir, liebe Freunde, [...] wir werden uns unser Deutschland Stück für Stück zurückholen!
(langer, stehender Applaus, Rufe: „Höcke, Höcke!“)

Liebe Freunde, ich habe es immer wieder betont, ich habe es immer wieder gepredigt, und ich tu es auch heute wiederum, weil es so wichtig ist: Die AfD ist die letzte evolutionäre, sie ist die letzte friedliche Chance für unser Vaterland.

Abb. 2 gibt einige der in dem Zusammenhang beteiligten Aspekte wieder; entscheidend ist jedoch die dichotome Aufteilung. Die AfD einerseits und die etablierten Parteien andererseits stehen sich, so Höcke, ohne eine gemeinsame Schnittmenge unversöhnlich gegenüber.

Ein wichtiger Angriffspunkt ist immer wieder die vermeintliche Bedrohung des eigenen Volkes, die Gefährdung der „Gemeinschaft von Deutschen“; der nicht mehr existierende Schutz der Außengrenzen, die „Masseneinwanderung“ und der „Import fremder Völkerschaften“ setzen aus der Sicht Höckes das Fortbestehen der Solidargemeinschaft leichtsinnig aufs Spiel. „Unsere einst hoch geschätzte Kultur“ laufe Gefahr, „in einer multikulturellen Beliebigkeit unterzugehen“. Die Verteidigung „nationaler Interessen“ und die Betonung des „Wohls des deutschen Volkes“ finden sich ebenso an mehreren Stellen im Parteiprogramm verankert, vgl. z. B.:

„Die AfD tritt deshalb dafür ein, zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik eine langfristige ressortübergreifende Gesamtstrategie zu erarbeiten und umzusetzen. Dabei müssen die nationalen Interessen und das Wohl des deutschen Volkes im Mittelpunkt stehen“ (AfD 2016: 29).

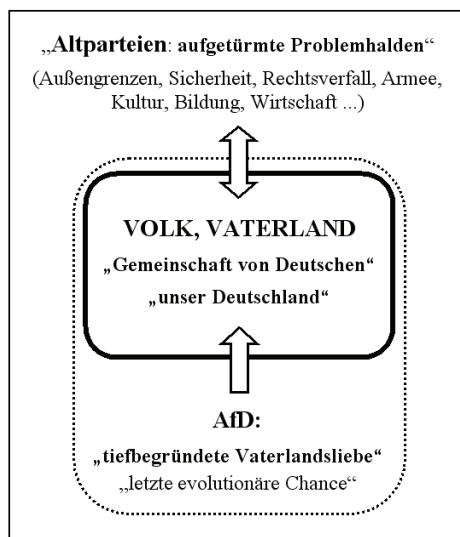


Abbildung 2: AfD versus „Altparteien“

Die Forderung einer reinen Ethnonation im Sinne einer bezüglich der ethnischen Herkunft homogenen Gesellschaft ließe sich allerdings weder mit dem AfD-Programm noch mit der hier herangezogenen Rede belegen, auch wenn der Subtext dies wegen der Wortwahl durchaus nahelegen mag. Die Grenzziehungen und die gemeinten politischen Präferenzen dürften angesichts des Auditoriums – Adressaten sind Mitglieder der AfD-Nachwuchsorganisation – ohnehin klar sein und bedürfen nicht in jeder Rede einer expliziten Wiederholung. Dies ändert nichts an der häufigen Herausstellung von Anliegen des „Volkes“ und von „deutschen Interessen“. Markant erscheint in dem Zusammenhang außerdem der gezielte Einsatz phrasologischer Ausdrücke:

- *jmdm einen Strich durch die Rechnung machen*
(„Ich will, dass wir diesen Halben einen Strich durch die Rechnung machen.“)
- *das Ruder übernehmen*
„(Der ein oder andere von euch hat sich in der zurückliegenden Zeit bei mir direkt oder indirekt beklagt, [...] die Halben übernehmen dort allmählich das Ruder.“)
- *mit Stumpf und Stiel vernichten*
(„Man wollte uns mit Stumpf und Stiel vernichten, man wollte unsere Wurzeln roden.“)

An einem weiteren Redeausschnitt sei die Funktionsweise exemplarisch erläutert:

- (5) [Kontext: Diskutiert wird die sog. Ruck-Rede des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog aus dem Jahr 1997.] Die Menschen haben Roman Herzog damals geglaubt, so wie viele Menschen sehr lange Angela Merkel geglaubt haben. Beide haben sie unser gutmütiges Volk **heimtückisch hinter Licht geführt**. Aber wir, liebe Freunde, wir Patrioten hier in Dresden, in Sachsen und in ganz Deutschland, wir trauen diesen Politikern nicht mehr, denn diese Politiker meinen es nicht gut mit ihrem Volk. (Hervorhebung H. H. L.)

Mit dem Gebrauch des Phrasems *jmdn hinters Licht führen* wird von einer Person ausgesagt, sie habe jemanden willentlich getäuscht, wobei der Sprecher gleichzeitig das moralisch Verwerfliche der betreffenden Handlung betont:

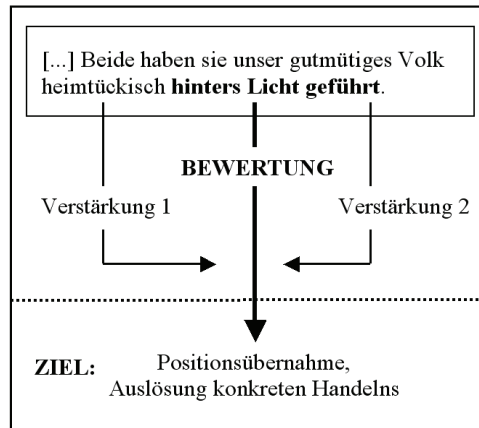


Abbildung 3: Phrasemgebrauch und Einstellungskundgabe

Für den Redner erweist sich der gewählte idiomatische Ausdruck vor allem deshalb als geeignet, weil er a) die Zuschreibung einer Täuschungs- oder Betrugshandlung (= Bewertung) und b) die Kundgabe einer negativen, ablehnenden Sprechereinstellung erlaubt. Letztere fungiert hier insofern verstärkend, weil sie die Akzeptanz der übergeordneten Bewertungshandlung stützt. Eine weitere Akzeptanzstützung resultiert aus dem vorangestellten Adverb *heimtückisch*, das eine zusätzliche moralische Abqualifizierung mit sich bringt. Die Erfolgchancen der Bewertung, nämlich bei den Hörern eine Positionsübernahme zu bewirken oder andere Reaktionen auszulösen, sollen auf diese Weise optimiert werden. Da der zitierte Ausschnitt innerhalb der Rede nur ein Beispiel von vielen darstellt, die Negativbewertungen gegen Vertreter der sog. „Altparteien“ zum Ausdruck bringen, könnte das den Persuasions-Effekt bei den Veranstaltungs-Teilnehmern von der *Jungen Alternative* durchaus erhöhen, und zwar unabhängig davon, inwieweit diese Bewertungen einer sachlichen Überprüfung standhalten.

Unabhängig davon demonstriert das Beispiel aber auch, wie beliebig mit der Bezeichnung *Volk* umgegangen wird. Die Berufung auf „unser Volk“ ist letztlich nicht mehr als die propagandistische Inanspruchnahme einer nicht näher spezifizierten Basis; man könnte sogar von dem Versuch sprechen, sich so eine höhere demokratische Legitimation zuzuschreiben, zumindest bei den eigenen Anhängern, ohne dafür auch nur den geringsten Nachweis liefern zu müssen:

„Populisten berufen sich auf eine wie auch immer zusammengesetzte Gruppe, die sie als ‚das Volk‘ bezeichnen und stellen dieses Volk ‚den anderen‘, also denen, die für sie nicht das Volk sind, gegenüber. Praktisch daran ist, dass diese anderen für mehr oder weniger alles verantwortlich gemacht werden können, was aus Sicht der Populisten schief läuft“ (Niehr/Reissen-Kosch 2019: 17).

4. Forderung einer „erinnerungspolitischen Wende“

Gelegentlich kommt bei AfD-Vertretern noch ein anderes Aktionsfeld in den Blick, das Verhältnis von Erinnerungskultur und deutscher Geschichte. Im Parteiprogramm heißt es unter der Überschrift „Kultur und Kunst von Einflussnahme der Parteien befreien“ – und damit an einer eher unauffälligen Stelle vermerkt – noch recht emotionslos:

„Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst“ (AfD 2016: 48).

Kritisiert wird also eine zu starke Vernachlässigung historischer Epochen außerhalb der NS-Zeit, was eine angemessene Würdigung deutscher Geschichte ausschließt. Sehr viel engagierter und deutlicher geht es dagegen in der Rede Höckes zu. Da speziell die Aussagen zu diesem Punkt heftige Kontroversen in der deutschen Öffentlichkeit auslösten, sei ein etwas ausführlicherer Auszug zitiert:

- (6) Wir Deutschen – und ich rede jetzt nicht von euch Patrioten, die sich hier heute versammelt haben – wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein **Denkmal der Schande** in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.

(Applaus)

Und anstatt die nachwachsende Generation mit den großen Wohltätern, den bekannten weltbewegenden Philosophen, den Musikern, den genialen Entdeckern und Erfindern in Berührung zu bringen, von denen wir ja so viele haben [...], vielleicht mehr als jedes andere Volk auf dieser Welt, liebe Freunde! Und anstatt unsere Schüler in den Schulen mit dieser Geschichte in Berührung zu bringen, wird die Geschichte, die deutsche Geschichte, mies und lächerlich gemacht.

- **So kann es und darf es nicht weitergehen!**

(Jubel, längerer, stehender Applaus, Rufe: „Höcke, Höcke!“)

So kann es, so darf es und so wird es nicht weitergehen, liebe Freunde. Es gibt keine moralische Pflicht zur Selbstauflösung. Die gibt es nicht.

(Applaus)

[...] Wenn wir eine Zukunft haben wollen – und wir wollen diese Zukunft haben und immer mehr Deutsche erkennen das, dass auch sie eine Zukunft haben wollen – dann brauchen wir eine Vision. Eine Vision wird aber nur dann entstehen, wenn wir uns wieder selber finden, wenn wir uns wieder selbst entdecken. Wir müssen wieder wir selbst werden.

Selber haben werden wir uns nur, wenn wir wieder eine positive Beziehung zu unserer Geschichte aufbauen. Und schon Franz Josef Strauß bemerkte: Die Vergangenheitsbewältigung als gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe, die lähmt ein Volk. Liebe Freunde, Recht hatte er, der Franz Josef Strauß!

(Applaus)

- Und diese **dämliche Bewältigungspolitik**, die lähmt uns heute noch viel mehr als zu Franz Josef Strauß' Zeiten. Wir brauchen nichts anderes als **erinnerungspolitische Wende um 180 Grad!**
 (Hervorhebungen H. H. L.)

Stein des Anstoßes war vor allem die Aussage, die Deutschen seien „das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt“ habe. Gemeint ist das Berliner Holocaust-Mahnmal, ein großes Stelenfeld, das nach langen und oft kontroversen Diskussionen 2005 eingeweiht wurde. Höcke sah sich schnell dem Vorwurf ausgesetzt,

die Existenz des Mahnmals für eine Schande zu halten: Seine Äußerung dokumentiere eine antisemitische Haltung, sie zeige geschichtsrevisionistisches Denken und entspreche dem Stil der Nationalsozialisten – die AfD zeige endlich ihr wahres Gesicht. Auch aus den eigenen Reihen kam es zu kritischen Stimmen. Höcke selbst reagierte empört, wies die Vorwürfe als bössartig und verleumderisch zurück, denn für ihn sei der Völkermord an den Juden immer als Schande bezeichnet worden (vgl. Niehr/Reissen-Kosch 2019: 117f.).

In der Tat ist eine gewisse Uneindeutigkeit der Genitiv-Konstruktion „Denkmal der Schande“ nicht zu bestreiten. Man könnte wenigstens folgende Lesarten unterscheiden:

- (i) ‘Denkmal, das zum Gedenken an eine nationale Schande errichtet wurde’
→ „Denkmal der Schande“
- (ii) ‘Denkmal, das aufgrund der Ausmaße und der konkreten Umsetzung eine Schande ist’
→ „Denkmal der Schande“
- (iii) ‘Denkmal, das wegen der langjährigen peinlichen Diskussionen eine Schande ist’
→ „Denkmal der Schande“
- (iv) ‘Denkmal, das schon aufgrund seiner Existenz eine Schande für Deutschland ist’
→ „Denkmal der Schande“

Grundsätzlich kommt jede Lesart in Betracht. Die Situation ändert sich jedoch, wenn man den Kontext mit heranzieht. Schon in den nachfolgenden Sätzen wird eines deutlich: Höcke übt massive Kritik an der Geschichtsvermittlung in deutschen Schulen, die deutsche Geschichte werde nämlich, so seine Formulierung, nur „mies und lächerlich“ gemacht; ruhmreiche Persönlichkeiten und bedeutende Errungenschaften würden dagegen verschwiegen. Unabhängig davon, ob eine solche Darstellung den Tatsachen entspricht oder nicht, dienen die genannten Aussagen als Argumente, als Begründungen für die in (6) unterstellte „Selbstauflösung“. Von hieraus ergibt sich eine direkte Verbindung zur eingangs gebrauchten Bezeichnung „Denkmal der Schande“ und zur Folgerung „So kann es und darf es nicht weitergehen!“ Damit steht fest, der Kontext legt eindeutig die Lesart (iv) nahe: Das Holocaust-Mahnmal ist deshalb nach Meinung des Redners ein „Denkmal der Schande“, weil es für ein falsches, selbstverleugnendes Verständnis deutscher Geschichte stehe, weil es Teil der, so wörtlich, „dämlichen Bewältigungspolitik“ sei. Das Reden vom „Denkmal der Schande“ fügt sich somit nahtlos in die zugrundeliegende Argumentationsstruktur des zitierten Ausschnitts ein (vgl. Abb. 4).

Die Äußerung zum „Denkmal der Schande“ steht nicht isoliert, sie leitet eine längere argumentative Sequenz ein und wird gestützt durch die nachfolgenden Sätze, eine Feststellung (FESTST) und eine Bewertung (BEW). Gleichzeitig soll sie als Begründung für die zweifach formulierte Aufforderung/Ankündigung „So kann es und darf es nicht weitergehen!“ fungieren. Inwieweit die sprachlichen Handlungen auch erfolgreich sind, hängt wesentlich von den Rezipienten ab. Die in Abb. 4 eingefügten Fragezeichen sollen zumindest gewisse Zweifel jenseits der AfD-Zuhörerschaft andeuten. Die genannte Aufforderungshandlung führt direkt zu einer weiteren Aufforderung, nämlich dem Appell, „eine positive Beziehung zu unserer Geschichte“ aufzubauen, sekundiert von weiteren Mitteilungen, u. a. einem Strauß-Zitat, das als *argumentum ab auctoritate* eingesetzt wird. Diese Sequenz wiederum bereitet die abschließenden Folgerungen vor: zunächst die Negativbeurteilung, es dominiere eine „dämliche Bewältigungspolitik“, sodann, wiederum als logische Konsequenz präsentiert, die finale Aufforderungshandlung „Wir brauchen nichts anderes als erinnerungspolitische

Wende um 180 Grad!“. Dies dürfte auch als die zentrale Texthandlung in der Rede Höckes einzustufen sein. Alles zusammen ist als eine argumentativ geordnete Struktur interpretierbar, wobei es in Abb. 4 primär um die Sehweise des Redners, um seine sorgfältig geplanten, intendierten Akte und die damit verbundenen Ziele geht, also nicht um eine situationsabstrakte oder neutrale Sachverhaltsdarstellung. Über Folgen auf der Wirkungsebene ist damit noch nichts gesagt.

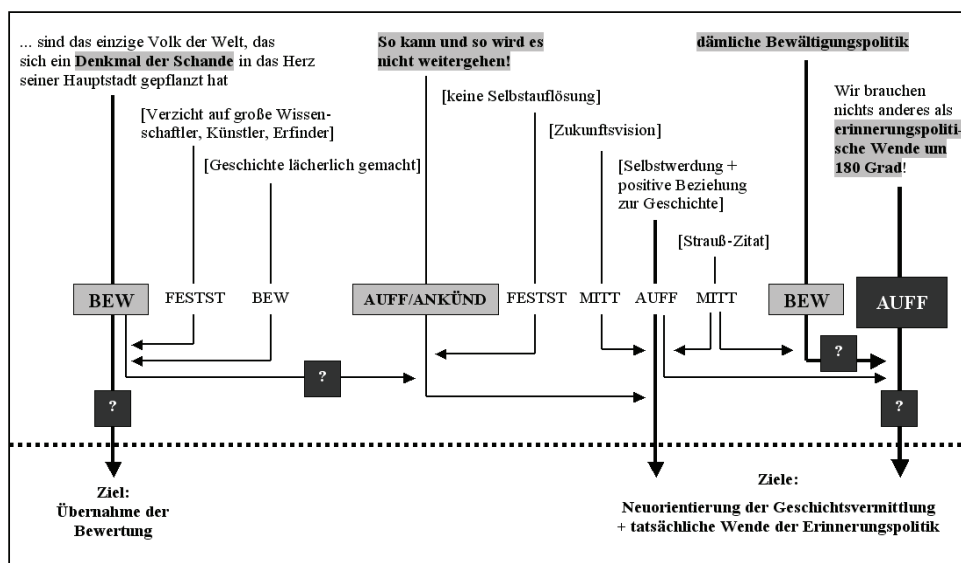


Abbildung 4: Argumentation und zentrale Texthandlung

Die Resonanz auf das Diktum bezüglich des „Denkmals der Schande“ hätte kaum heftiger ausfallen können. Legt man den gesamten Redetext und nicht nur isolierte Wortverbindungen zugrunde, erweist sich die Replik Höckes, mit seiner Wortwahl nur im Sinne der Lesart (i) gehandelt zu haben, als unhaltbar. Die gesamte Sequenz zeugt von einer funktionalen Einbettung des öffentlich kritisierten Satzes im Sinne der Lesart (iv). Es wäre ausgesprochen inkohärent, von einer „dämlichen Bewältigungspolitik“ zu sprechen, eine diesbezügliche Umkehr, eine „erinnerungspolitische Wende“ zu reklamieren und im gleichen Atemzug von einem ehrlichen Gedenken an den Holocaust sprechen zu wollen. Björn Höcke führt hier mit der im Wortgebrauch angelegten Doppeldeutigkeit vielmehr eine gezielte und wohlkalkulierte Provokation vor, eine Strategie, mit der vor allem öffentliche Aufmerksamkeit erzeugt werden soll, dies auch um den Preis eines Skandals. Von einer unbedachten Wortwahl auszugehen, wäre naiv; bei den Redebeiträgen von AfD-Politikern ist generell wenig dem Zufall überlassen, vieles dagegen professionell geplant, die medienwirksame Resonanz miteingerechnet.

Zur Strategie des gezielten Tabubruchs mit anschließender semantischer Umdeutung oder Schein-Distanzierung sei nur ein weiteres Beispiel angeführt. Am 2. Juni 2018 hielt Alexander Gauland, Fraktionsvorsitzender der AfD, im thüringischen Seebach eine Rede,

in der es ebenfalls um deutsche Geschichte und um Erinnerungskultur ging. Aufsehen erregte vor allem folgender Passus:

„Wir haben eine ruhmreiche Geschichte, die länger dauerte als 12 Jahre und nur wenn wir uns zu dieser Geschichte bekennen, haben wir die Kraft, die Zukunft zu gestalten. Ja, wir bekennen uns zu unserer Verantwortung für die 12 Jahre, aber liebe Freunde, Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in unserer über tausendjährigen Geschichte.“⁷

Die Art und Weise, wie Gauland auf die NS-Zeit eingeht, kann man ebenfalls nur als gezielten Tabubruch betrachten. Die öffentliche Kritik, die sich vor allem gegen die Verharmlosung des Nationalsozialismus und die Verhöhnung der Opfer richtete, wies Gauland als vollkommen unberechtigt zurück:

„Ich habe das wirklich nicht als Bagatellisierung verstanden, und ich hätte nie gedacht, dass das so aufgefasst wird, denn wenn Sie die ganze Rede lesen, sehen Sie, dass ich nichts verharmlost habe“ (Die Weltwoche 30.7.2018).

Die Aufmerksamkeit der Medien ist mit solchen Provokationen offenbar garantiert; ob die Partei mit diesen Aktionen und der anschließenden Strategie des Relativierens und scheinbaren Zurückruderns auch künftig Werbung in eigener Sache betreiben kann, darf bezweifelt werden.

* * *

Auch wenn hier nur ein Redebeispiel herangezogen wurde, ließen sich einige Merkmale, wie sie für die Selbstpräsentation der AfD bezeichnend sind, in aller Klarheit demonstrieren. Grenzüberschreitungen, Tabubrüche, Provokationen sind wesentlicher Bestandteil der politischen Auseinandersetzung. Der Aufbau polarisierender Freund-Feind-Konstellationen charakterisiert in starkem Maße die verbalen Beiträge von Parteisprechern, das systematische Bestärken eines Wir-Gruppen-Gefühls fördert den internen Zusammenhalt und die Abgrenzung nach außen. Eindeutige Negativbewertungen, Stigmawörter, emotionalisierende Stellungnahmen richten sich gegen die „verbrauchten Altparteien“, gegen das „Establishment“, ihnen stehe mit der AfD eine um das Wohl des „Volkes“ und die „deutschen Interessen“ bemühte Partei gegenüber. Auch Personalisierungen sorgen für eine reduzierte Sachverhaltsdiskussion, nicht selten sind sie darüber hinaus Ausgangspunkt für polemisch aggressive Herabsetzungen. Gemeinsame Positionen werden nicht angestrebt, einen parteienübergreifenden Konsens, z. B. in Sachen Geschichtsverständnis oder Erinnerungskultur, gibt es nicht. Skandalisierungen werden nicht vermieden, sondern, da medienwirksam, gesucht.

All diese Punkte prägen Formen der politischen Debatte und einen Sprachstil, der gemeinhin als ‚populistisch‘ bezeichnet wird.

⁷ Quelle: <https://www.afdbundestag.de/vollstaendige-rede-dr-alexander-gaulands-vom-02-juni-2018/> [17.8.2018]; vgl. auch die Kommentierung in Lüger (2019: 153ff.).

Literatur

- AfD (2016): *Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland*. <https://www.afd.de/grundsatzprogramm/> [15.9.2018].
- Bachem, Rolf (1979): *Einführung in die Analyse politischer Texte*. München: Oldenbourg.
- Decker, Frank / Lewandowsky, Marcel (2009): *Populismus. Erscheinungsformen, Entstehungshintergründe und Folgen eines politischen Phänomens*. <http://www.bpb.de/41192/was-ist-rechtspopulismus?p=all> [15.3.2019].
- Dietl, Stefan (2018): *Die AfD und die soziale Frage. Zwischen Marktradikalismus und „völkischem Antikapitalismus“* (3. Aufl.). Münster: Unrast.
- Friedrich, Sebastian (2015): *Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilmachung in Deutschland*. Berlin: Bertz und Fischer.
- Kämper, Heidrun Deborah (2017): Das Grundsatzprogramm der AfD und seine historischen Parallelen. Eine Perspektive der Politolinguistik. In: *Aptum*. 13/1, 16–41.
- Lüger, Heinz-Helmut (2018): Zwischen Akzeptanzstützung und Pseudo-Argumentation. Phraseme im politischen Sprachgebrauch. In: Anna Gondek, Alina Jurasz, Joanna Szczek (Hg.): *Einblicke – Rückblicke: Beiträge zur deutschen Phraseologie und Parömiologie aus intra- und interlingualer Sicht*. Bd. 1, Baltmannsweiler: Schneider Hohengehren, 75–92.
- Lüger, Heinz-Helmut (2019): Populistisches Argumentieren? Feindbilder und Sprachstrategien der AfD. In: *tekst i dyskurs – text und diskurs*. 12, 137–163.
- Makowski, Jacek (2020): Von Imagepflege zur Diskreditierung politischer Gegner. Hassrede als Strategie von Online-Pressemitteilungen. In: Jacek Makowski (Hg.): *Hassrede – ein multidimensionales Phänomen im interdisziplinären Vergleich*. Łódź: Wydawnictwo Uniwersytetu Łódzkiego, 213–248.
- Mauthner, Gerlinde (1998): *We are not like them and never have been*. Zum persuasiven Potential der Wir-Gruppen-Konstruktion. In: Michael Hoffmann, Christine Keßler (Hg.): *Beiträge zur Persuasionsforschung*. Frankfurt a. M.: Lang, 177–190.
- Niehr, Thomas / Reissen-Kosch, Jana (2019): *Volkes Stimme? Zur Sprache des Rechtspopulismus*. Bonn: Duden.
- Scharloth, Joachim (2018): Sprachliche Gewalt und soziale Ordnung: Metainvektive Debatten als Medium der Politik. In: Fabian Klinker, Joachim Scharloth, Joanna Szczek (Hg.): *Sprachliche Gewalt. Formen und Effekte von Pejorierung, verbaler Aggression und Hassrede*. Stuttgart: Metzler, 7–28.